

**„Christsein in der Politik“  
Vortrag von Dr. Hans-Jochen Vogel  
vor dem Glaubensforum Miesbach  
am 28. Februar 2005, 20.00 Uhr**

**Einleitung – persönliche Verbindung mit Miesbach und dem Thema des Vortrags**

Mein doch schon fortgeschrittenes Alter und auch meine gesundheitlichen Verhältnisse zwingen mich dazu, mir mit der Übernahme von Vortragsverpflichtungen mehr Zurückhaltung aufzuerlegen als früher. Dennoch habe ich Ihrer Einladung, Herr Pfarrer Meulemann, gerne Folge geleistet, und das nicht nur, weil Sie sie mit beeindruckender Hartnäckigkeit betrieben haben. Nein - es gibt einen noch viel durchschlagenderen Grund. Und das ist meine alte, ja ich kann sagen lebenslange Verbundenheit mit Miesbach. Meine Großmutter besaß seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts in der Wies das Anwesen Ratzenlehn. Meine Ferienaufenthalte bei ihr gehören zu meinen schönsten Kindheitserinnerungen. Nach dem Krieg war ich im Jahre 1949 unter der Obhut meines Onkels neun Monate lang als Gerichtsreferendar am Amtsgericht tätig. Aber auch später bin ich in all den Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, immer wieder hier gewesen. Und seit mehr als zehn Jahren treffen wir uns in Ratzenlehn auf Einladung meiner Cousine Annemarie Brinz regelmäßig zu einem Familienadvent. Da ist dann auch immer mein Bruder dabei.

Miesbach ist mir deshalb wohl vertraut und ich könnte jetzt eine ganze Reihe von alten Miesbachern aufzählen, an die ich mich noch ziemlich genau erinnere. So von Ihren Vorgängern an Pfarrer Traßberger und an Kaplan Karl Forster, später der erste Direktor der neu gegründeten katholischen Akademie in München. Und von den Bürgermeistern an den unvergessenen Rudolf Pikola.

Von all dem abgesehen liegt mir aber auch das Thema des heutigen Abends „Christsein in der Politik“ durchaus am Herzen. Es ist auch ein Thema, zu dessen Behandlung ich mich durchaus legitimiert fühle. Als einer, der sich schon früh politisch engagiert und mehrere Jahrzehnte lange eine größere Zahl öffentlicher Ämter und Funktionen innegehabt hat. Aber auch als einer, der sich zeitlebens als Christ verstand. Dabei weist mein Christsein allerdings zwei Besonderheiten auf, die ich nicht verschweigen möchte. Einmal bin ich ein praktizierender Katholik, dessen kirchenrechtlicher Status indes durch seine Wiederverheiratung eingeschränkt ist. Zum anderen lebe ich seit fast 30 Jahren - meine Frau ist Lutheranerin - in einer ökumenischen Ehe mit der Konsequenz, daß wir in München mit dem sonntäglichen Gottesdienstbesuch zwischen unseren beiden Gemeinden, nämlich St. Anna und St. Lukas wechseln. Ich schicke dies voraus, damit Sie den persönlichen Hintergrund meines Christseins kennen. Und damit Sie verstehen, warum ich da, wo ich von Kirche spreche, nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie die katholische Kirche im Auge habe. Nicht deshalb, weil für mich nicht auch die evangelische Glaubensgemeinschaft eine Kirche wäre. Wohlgermerkt eine Kirche, und nicht - wie letztlich einmal aus Rom zu hören war - nur eine Teilkirche. Sondern eher deshalb, weil ich in ihr herangewachsen bin und mich mit ihr und ihren Lehren beizeiten intensiver auseinandersetzen mußte als mit denen der evangelischen Kirchen. Mit diesen und ihren meist auch differenzierteren Positionen war dabei in nicht wenigen Fragen die Übereinstimmung eher größer. Ob das auch in früheren Zeiten immer so gewesen wäre, lasse ich allerdings dahin gestellt.

Bitte erwarten Sie nun von mir keine theoretischen Ausführungen oder allgemeinen Betrachtungen über Christentum und Politik. Vielmehr will ich mich auf mein eigenes Christsein in der Politik konzentrieren und mich auch dabei auf einige Kerngedanken und auf einige Anmerkungen aus meinem persönlichen Leben beschränken. Das versuche ich jetzt, indem ich mich mit folgenden Fragen beschäftige:

1. In welchem durch die Lehren der Kirche, die staatliche Ordnung und meine Parteizugehörigkeit gezogenen Rahmen habe ich mich bewegt und bewege ich mich heute?
2. In welcher Tradition stehe ich als Katholik einerseits und als Sozialdemokrat andererseits?
3. Was hat mein Christsein in der Politik für mich konkret bedeutet?

4. Wo stimme ich mit meiner Kirche überein und wo habe ich mit ihren Positionen Probleme?  
Und
5. wohin tendiert unsere gesellschaftliche Entwicklung und inwiefern ist durch diese Entwicklung das Christsein und dann auch die Kirche besonders gefordert?

Daran will ich noch eine Schlußbemerkung knüpfen. Sie werden verstehen, daß dies alles im wesentlichen nur in Stichworten geschehen kann. Aber es wäre mir nicht ausreichend erschienen, allein über meine subjektiven Befindlichkeiten zu berichten.

### **1. Auftrag der Kirchen – Auftrag der Parteien**

Auf das Verhältnis zwischen den Kirchen und dem Staat gehe ich schon deshalb nicht gesondert ein, weil es mir in der geltenden Verfassung vernünftig geordnet erscheint. So etwa hinsichtlich der Bereiche Kirchensteuer, Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen oder Militärseelsorge. Grundlegende Veränderungen halte ich nicht für notwendig. Übrigens kann und muß auch die derzeit so lebhaft diskutierte Kopftuchfrage - also die Frage, ob islamische Lehrerinnen in öffentlichen Schulen Kopftücher tragen dürfen - auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechts entschieden werden. Ist das Kopftuch ein religiöses Symbol, dann muß es gemäß Art. 4 des Grundgesetzes ebenso behandelt werden wie Symbole anderer, insbesondere der christlichen Religionen. Ist es das nicht, sondern eine Demonstration, die sich gegen die verfassungsmäßige Grundordnung unserer Republik richtet, dann ist es wohl zu verbieten. Aber damit ist die Sache dann kaum erledigt. Denn wer gegen die verfassungsmäßige Ordnung eingestellt ist, kann auch dann nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden, wenn er kein Kopftuch mehr trägt. Wahrscheinlich wäre es am besten, auch insoweit die Regelung anzuwenden, die in Bayern nach dem sogenannten Kruzifixurteil des Bundesverfassungsgerichts für die Fälle getroffen worden ist, in denen Schüler oder deren Eltern das Kruzifix als Eingriff in ihre Glaubensfreiheit empfinden.

Klar sein und bleiben müssen sich die Kirchen und Parteien über das wechselseitige Selbstverständnis und damit auch über ihren jeweiligen Auftrag und ihre Handlungsspielräume. Eine Partei ist nach meinem Verständnis eine Veranstaltung, der keinerlei Zuständigkeit für die letzten Dinge zukommt. Sie hat nicht die Aufgabe, eine in sich geschlossene Ideologie zu entwickeln. Und sie ist nicht Trägerin eines Wahrheitsanspruches. Vielmehr hat sie ihre politischen Zielvorstellungen und die Vorstellung darüber, wie sie diese Ziele verwirklichen will, in programmatischer Form vorzulegen und darzutun, an welchen Wertvorstellungen sie sich dabei orientiert. Es ist Sache des einzelnen Mitglieds - nicht der Partei - darüber zu befinden, aus welchen Überzeugungen und aus welchen Gründen er die gemeinsamen Wertvorstellungen einer Partei teilt. Es gibt auch insoweit kein Entscheidungsmonopol der Partei. Deshalb kann es auch nur Christen innerhalb einer Partei, nicht aber christliche Parteien geben. Getauft werden ja auch nur individuelle Persönlichkeiten, nicht Organisationen, Vereine oder gar Parteien. Ich bin mir auch nicht sicher, ob Parteien, die sich ausdrücklich als christlich bezeichnen, den Erwartungen wirklich gerecht werden, die sie mit einem solchen Anspruch wecken. In einer seriösen, von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Umfrage haben das immerhin über 70 % der Befragten verneint.

Die Kirchen haben dem gegenüber einen besonderen Auftrag, den sie aus der ihr anvertrauten Offenbarungswahrheit herleiten und dem sie in Verkündigung, Seelsorge und Diakonie eigenständig und ohne staatliche Einflußnahme gerecht zu werden bestrebt sind. Für die Gestaltung des politischen Lebens tragen die Kirchen hingegen keine unmittelbare Verantwortung. Die richtig verstandene christliche Botschaft macht es ihnen jedoch zur Pflicht, sich durch Anregung, Kritik und praktische Mitarbeit in diesen Prozeß in einer Weise einzubringen, die der Eigennützlichkeits weltlicher Ordnungen Rechnung trägt. Oswald von Nell Breuning, der große katholische Sozialtheologe, hat das einmal in dem Satz zusammengefaßt, daß „wir“ - und damit meinte er seine Kirche und ihre Gläubigen - „über unsere Welt nicht geistreich philosophieren, sondern sie herzlich anpacken, sie verändern, sie gegebenenfalls umkrempeln, vom Kopf auf die Füße stellen“ sollten.

## 2. Katholizismus und Sozialdemokratie

Ich stehe in der Tradition meiner Kirche aber auch in der meiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beide haben in den letzten 100 Jahren einen weiten Weg zurückgelegt.

Im 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung vor allem durch zwei Prozesse bestimmt: durch die - gerade in unserem Land von schweren Rückschlägen nicht freie - Entwicklung zur Demokratie und durch die Industrialisierung. Für beide spielten die Ideen der Aufklärung und die Fortschritte der Naturwissenschaften eine wichtige Rolle. Es war das Umfeld, in dem unter anderem die Sozialdemokratie als eine politische Bewegung entstand, die sich mit der ungerechten Verteilung von Macht und Wohlstand im damaligen Deutschland nicht abfinden wollte. Ihr Ziel war eine Gesellschaftsordnung, die den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Freiheit entsprach. Lange Zeit glaubte sie eine solche - von ihr als Sozialismus bezeichnete - Gesellschaftsordnung werde als Ergebnis von Klassenkämpfen mit gesetzmäßiger Zwangsläufigkeit eintreten. Diese Gewißheit war mit einer uneingeschränkten Fortschrittsgläubigkeit verbunden, die für religiöse Bindungen kaum Raum ließ und deshalb die Religion zur Privatsache erklärte.

Die katholische Kirche verharrte dieser Entwicklung gegenüber bis in das 20. Jahrhundert hinein im wesentlichen auf den aus dem Mittelalter überkommenen Positionen. Folgerichtig verwarf sie nahezu alle auf eine Modernisierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen gerichteten Tendenzen und mit besonderer Schärfe den Sozialismus, den Leo XIII. im Jahre 1891 in der berühmten Enzyklika "rerum novarum" als "Abfall von der Wahrheit" charakterisierte.

Um so erstaunlicher ist es, daß sich in derselben Enzyklika Äußerungen finden, die für die damalige Zeit als geradezu provozierend erscheinen mußten. So kritisierte Leo XIII. die seinerzeit herrschenden sozialen Zustände in einer Art und Weise, die bis dahin aus dem Munde eines Papstes niemand für möglich gehalten hätte. Den Satz beispielsweise, in dem in diesem Zusammenhang von dem "sklavenähnlichen Joch" die Rede ist, das "wenige Reiche einer Masse von Besitzlosen" auferlegten, würde man als zugespitzte Beschreibung einer Klassengesellschaft auf Anhieb eher bei Engels, Liebknecht oder Kautsky als in einem päpstlichen Lehrschreiben vermuten. Auch die Forderung nach dem gerechten Lohn, die Bejahung der Pflicht des Staates, in die wirtschaftlichen Prozesse einzugreifen und die Ermutigung der Arbeiterschaft zur solidarischen Selbsthilfe standen keineswegs im Einklang mit den Auffassungen der damaligen Inhaber der staatlichen und wirtschaftlichen Macht, sondern näherten sich den Vorstellungen sozialreformerischer Kräfte. Sogar das Recht der Arbeiter auf solidarische Zusammenschlüsse zur Durchsetzung berechtigter Interessen bis hin zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung als einem notwendigen Übel im äußersten Fall wird angesprochen und in vorsichtiger Form bejaht. Im evangelischen Bereich gab es solche Äußerungen in jener Zeit kaum. Und schon gar nicht auf der hierarchischen Ebene. Christoph Blumhard, ein evangelischer Pfarrer in Württemberg, der vor 1900 der SPD beitrug und 1901 in den dortigen Landtag gewählt wurde, war da schon eine absolute Ausnahme. Seine Landeskirche entzog ihm denn auch alsbald seinen Rang und seinen Titel.

Die päpstlichen Aussagen, die ich soeben zitierte, kamen indes ganz offenbar um die Jahrzehnte zu spät, in denen sich substantielle Teile der Arbeiterschaft nicht nur in Deutschland von der Kirche im Stich gelassen fühlten und sich deshalb ihre eigenen Strukturen zur Lösung der sozialen Frage geschaffen hatten. Auch verstand zumindest die Hierarchie - unbeschadet der erstaunlich konkreten Äußerungen Leo XIII. - die Kirche noch lange Zeit nicht als Kirche in der Gesellschaft, sondern als eine Art Gegenwelt zur Gesellschaft, die es integral gegen Einflüssen von außen abzuschirmen galt.

Diese Erwägungen lagen wohl auch dem vom Ersten Vatikanum 1870 gut geheißenen Unfehlbarkeitsdogma zugrunde. Und in diesem Punkt sogar hinter Leo XIII. zurückfallend, stellte die Mehrheit des deutschen Episkopates bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Mitgliedschaft katholischer Arbeiter nicht nur in den freien - also sozialdemokratisch dominierten - Gewerkschaften, sondern sogar in den sogenannten christlichen Gewerkschaften in Frage, weil diesen auch protestantische Arbeitnehmer angehörten. Übrigens eine bemerkenswerte, nur die Arbeitnehmer betreffende Inkonsequenz, da es den katholischen Arbeitgebern zu keiner Zeit

verwehrt wurde, ihre wirtschaftlichen Interessen in interkonfessionellen oder sogar in gänzlich areligiösen Verbänden gemeinsam mit nichtkatholischen Unternehmern zu vertreten. Auch stand einem ernsthaften gesamtgesellschaftlichen Dialog die kirchliche Skepsis gegenüber der Demokratie und den demokratischen Kräften im Wege - eine Skepsis, die im Ergebnis auf eine deutliche Ablehnung hinauslief. Leo XIII. hat daraus kein Hehl gemacht und Ludwig Windthorst, der immerhin der unangefochtene Repräsentant des Zentrums und damit der großen Mehrheit der politisch bewußten Katholiken in Deutschland war, von der Beteiligung an den Verhandlungen über die Beendigung des Kulturkampfes ausgeschlossen. Und noch im November 1917 - zum selben Zeitpunkt, in dem auch die katholische Arbeitnehmerschaft in ihrer großen Mehrheit die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechtes in Preußen forderte - sprach sich der deutsche Episkopat in einem gemeinsamen Hirtenbrief gegen "die Schlagworte von der Gleichberechtigung aller" und "von der Gleichheit aller Stände" aus.

Die Fronten blieben lange starr. Eine erste Lockerung brachte im Jahre 1931 die Enzyklika "Quadragesima anno", die sich klarer zur gewerkschaftlichen Solidarität äußerte und erstmals zwischen verschiedenen Richtungen des Sozialismus unterschied, ja sogar bei den nichtideologischen Spielarten allerlei Lobenswertes fand.

Dann folgte die Zeit der NS-Gewaltherrschaft. Die Haltung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegenüber dem Nationalsozialismus war eindeutig. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wenn er sich auch mit der Haltung der Kirchen in dieser Zeit beschäftigen wollte. Immerhin sei der Hinweis erlaubt, daß Kardinal Faulhaber, dessen spätere Kritik an einigen Erscheinungen der Gewaltherrschaft Respekt verdient, nicht der einzige Angehörige der Hierarchie war, der die Weimarer Republik von Anbeginn an mit großer Schärfe ablehnte. Und ebenso wird der Feststellung, vielen Repräsentanten der Kirche sei der Bolschewismus im Vergleich zum Nationalsozialismus als der gefährlichere Feind erschienen und nicht wenige von ihnen seien Verbrechen des Gewaltregimes nicht entschieden genug entgegengetreten, heute wohl kaum mehr ernsthaft widersprochen werden. Auch im evangelischen Bereich gibt es in dieser Hinsicht eine Reihe von Fragen, mit denen sich erfreulicherweise die Synoden der verschiedenen Ebenen in den vergangenen Jahren intensiv und mit bedenkenswerten Schlußfolgerungen beschäftigt haben.

Der entscheidende Durchbruch im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Sozialdemokratie kam erst in der ersten Hälfte der 60er Jahre mit dem Zweiten Vatikanum. Es öffnete die Kirche zur Welt von heute und akzeptierte die recht verstandene Eigengesetzlichkeit der irdischen Wirklichkeiten. Dem entsprach die Feststellung in der Pastoral-Constitution "Gaudium et spes", daß für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, die Laien zuständig seien und es in gleicher Sache oft mehrere Meinungen über das Richtige gäbe. Von der Kirche dürften die Laien Licht und geistige Kraft, nicht aber die Lieferung fertiger Lösungen erwarten. Mit dem Zweiten Vatikanum kam auch die Entwicklung der kirchlichen Einstellung zur Demokratie zu einem positiven Abschluß. Dazu heißt es jetzt in "Gaudium et spes": "In vollem Einklang mit der menschlichen Natur steht die Entwicklung von rechtlichen und politischen Strukturen, die ohne jede Diskriminierung allen Staatsbürgern immer mehr die tatsächliche Möglichkeit gibt, frei und aktiv teilzuhaben an der rechtlichen Grundlegung ihrer politischen Gemeinschaft, an der Leitung des politischen Geschehens, an der Festlegung des Betätigungsbereichs und des Zwecks der verschiedenen Institutionen und an der Wahl der Regierenden."

Nur wenig vorher hatte die Sozialdemokratie ihrerseits 1959 mit der Annahme ihres Godesberger Programms auch programmatisch von der Vorstellung eines gesellschaftlichen Endzustandes, auf den die geschichtliche Entwicklung gesetzmäßig, also zwingend hinauslaufe, Abschied genommen und den demokratischen Sozialismus nunmehr als die dauernde Aufgabe definiert, den aus dem Zentralbegriff der Menschenwürde hergeleiteten Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der gesellschaftlichen Realität immer aufs Neue Geltung zu verschaffen. Gleichzeitig wurden die Kirchen und ihr besonderer Auftrag erstmals ausdrücklich anerkannt und ihr öffentlich-rechtlicher Status bejaht.

Zugleich häuften sich auch in den verschiedenen Sozialenzyklen klare gesellschaftsethische Aussagen. So heißt es - um nur einige Beispiele zu nennen - in "Mater et magistra" nunmehr ausdrücklich, daß der Arbeiter die freie Wahl habe, welcher Gewerkschaft er sich anschließen

wolle. In "Laborem exercens" führt Johannes Paul II. aus, daß der Arbeit ein wesentlicher und wirksamer Vorrang vor dem Kapital zukomme, das er als Frucht der menschlichen Arbeit - also als ein Abgeleitetes - begreift. In derselben Enzyklika wird die Auflehnung gegen das ungerechte und schädliche System, das in der Zeit der schnellen Industrialisierung auf dem arbeitenden Menschen lastete und das - so wörtlich - "um Rache zum Himmel schrie" als sozialmoralisch gerechtfertigt, und das ehrliche und überlegte Ringen um soziale Gerechtigkeit und Solidarität auch in unserer Zeit als eine Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet. Schließlich heißt es zur Eigentumsfrage nun in "Laborem exercens" mit aller wünschenswerten Deutlichkeit: Man dürfe Eigentum an Produktionsmitteln "nicht gegen die Arbeit besitzen ..., der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt (sei), der Arbeit zu dienen".

Bemerkenswert ist schließlich, mit welchen Worten "Centesimus annus" das Scheitern des kommunistischen Zwangssystems beschreibt. Die tiefste Ursache dafür sieht diese Enzyklika in der Mißachtung des menschlichen Wesens und der Menschenwürde. Sie habe zur "Herabwürdigung des Menschen zum Molekül des gesellschaftlichen Organismus, zur Verstaatlichung der Gesellschaft selbst und schließlich zur Beutenahme des Staates durch die Partei" geführt. Diese "Entwürdigung des Menschen" habe "auch seine innovativen, gestalterischen und unternehmerischen Fähigkeiten gefesselt".

Man kann also ohne Übertreibung von einem Prozeß des Aufeinanderzubewegens reden. Im Berliner Programm meiner Partei von 1989 hat er sich noch weiter fortgesetzt. Dort wird beispielsweise das Subsidiaritätsprinzip mit den Worten "Das Prinzip der Subsidiarität, des Vorranges der kleineren Einheit vor der größeren, kann, wo es nicht überdehnt wird, Macht begrenzen und zur Teilhabe ermutigen" ausdrücklich anerkannt.

Als ich 1950 der SPD beitrug, war der Gedanke, ein praktizierender Katholik wolle Mitglied der SPD werden, für die katholische Seite in hohem Maße befremdlich und für die sozialdemokratische Seite zumindest überraschend. 37 Jahre später war ich als Nachfolger Willy Brandts der erste Katholik an der Spitze der SPD. Heute gehören 6 Mitglieder meiner Partei dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Einer war sogar einer der vier Vizepräsidenten. Und in der Person von Wolfgang Thierse ist ein Katholik, der eine Zeitlang gewählter Vorsitzender des Berliner Diözesanrats war, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD.

In eindrucksvoller Weise hat sich zu dieser Entwicklung Bischof Lehmann anlässlich des 80. Geburtstags von Georg Leber geäußert. Dabei hat er Lebers Engagement als Brückenbauer zwischen der Sozialdemokratie und der Kirche gewürdigt und unter anderem folgendes geäußert:

"Georg Leber hat ein hohes Verdienst für die Entspannung des Verhältnisses zwischen SPD und katholischer Kirche ..... Er (ist) die Symbolfigur eines entspannten und freundlich gewordenen Verhältnisses zwischen Kirche und Sozialdemokratie, ..... die sicher auch ein inspirierendes und zugleich stabilisierendes Element in unserer Gesellschaft bedeutet."

Ich darf mit einer gewissen Genugtuung für mich in Anspruch nehmen, daß ich zu dieser positiven Entwicklung ebenfalls nach dem Maß meiner Kräfte beigetragen habe.

Es wäre reizvoll, nunmehr auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem Protestantismus zu betrachten. Aber dafür kann ich nicht ohne weiteres das erforderliche Maß an Sachkunde für mich in Anspruch nehmen. Nur so viel darf ich wohl sagen, daß trotz Christoph Blumhardt, Karl Barth, Paul Tillich und den religiösen Sozialisten, die in manchen evangelischen Landeskirchen in der Zeit der Weimarer Republik einen gewissen Einfluß erlangten, auch hier eine wirkliche gegenseitige Akzeptanz erst nach dem Zweiten Weltkrieg zustande kam. Eine Akzeptanz, die auch in Persönlichkeiten wie Gustav Heinemann, Johannes Rau und Jürgen Schmude zum Ausdruck kommt – um nur einige zu nennen.

### **3. Christsein und Politik - konkret**

Zu meinem persönlichen Christsein in der Politik habe ich mich unter anderem in einem Bericht über meine Bonner und Berliner Jahre geäußert, der 1996 unter dem Titel "Nachsichten" im PIPER-Verlag erschienen ist. Dort schildere ich zunächst die gewaltigen Umbrüche, die ich im

Laufe meines Daseins erlebt habe und stelle dann die Frage: Wie lebt man in einer Phase solch gewaltiger Umbrüche? Kommt es da überhaupt noch auf die eigenen Wurzeln, die eigenen Fähigkeiten und die eigenen Orientierungsmaßstäbe an? Auf Vorbilder und auf Lebenserfahrung? Und wozu? Nur um sich selbst zu behaupten und um die eigenen Bedürfnisse oder das, was man dafür hält, optimal zu befriedigen? Oder gibt es doch einen tieferen Sinn des Daseins?

Ja, für mich gab und gibt es einen solchen Sinn und eine belastbare Orientierung für mein Handeln. Beide wurzeln in meiner Vorstellung von einem persönlichen Gott, dem ich Rechenschaft schulde und in der Anerkennung bestimmter Grundwerte, für die mir die christliche Botschaft eine überzeugende Begründung liefert. Das verpflichtet mich, meine Kräfte nicht nur zum eigenen Vorteil zu nutzen, sondern sie so einzusetzen, daß ich es vor Gott und meinen Mitmenschen verantworten kann. Und es verbietet mir, Menschen als Objekt, also als Mittel zum Zweck zu instrumentalisieren. Nicht, daß ich mir nicht auch selbst Gutes tun dürfte. Aber eben stets nur in dem Maße, in dem ich Gutes auch meinen Mitmenschen zuteil werden lasse. Das nämlich ist - wie ich es verstehe - der Inhalt des Gebotes der Nächstenliebe: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Mir ist bewußt, daß andere auf anderen Wegen - etwas mit Hilfe des kategorischen Imperativs - zu vergleichbaren Folgerungen gelangen. Deshalb verbinde ich mit meinen Vorstellungen keinerlei Überlegenheitsgefühl. Aber ich käme mir leer und orientierungslos, ich käme mir wie ein Sandkorn im All vor, wenn ich diesen archimedischen Punkt nicht besäße oder wenn ich ihn verlöre. Hier liegt ein Motiv dafür, daß ich mich politisch engagiert habe, auch dafür, daß ich Sozialdemokrat geworden bin. Ich habe es einfach nicht beim Reden und beim Kritisieren von außen bewenden lassen wollen.

Was heißt das nun konkret? Für mich heißt es, daß der Mensch nicht allwissend und nicht allmächtig ist, daß ihm Grenzen gezogen sind. Und daß er sich an Werten zu orientieren hat.

Was die Grenzen angeht, habe ich sie persönlich am stärksten vor jetzt 21 Jahren als Bundesjustizminister während der Wochen der Entführung von Hans-Martin Schleyer und dann anschließend der "Landshut" - der Lufthansa-Maschine - verspürt. Ich war damals nahe bei Helmut Schmidt, der die letzte Verantwortung trug, Tag und Tag mit der Frage konfrontiert, was ist richtig in dieser Lage, wie sind die verschiedenen Aspekte und Argumente gegeneinander abzuwägen? Was kann insbesondere für den Entführten, später für die 99 Insassen der Lufthansa-Maschine geschehen und was widerfährt ihm oder ihnen gerade jetzt. Sich in dieser Situation an den Herrgott zu erinnern, bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen. Nicht eine Versuchung, Dinge die man selbst entscheiden und vor sich rechtfertigen muß, von sich zu schieben. Man erfährt in dieser Situation vielmehr die Einsicht in die eigene Begrenztheit, in die eigene Endlichkeit. Aber man erlebt auch das stärkende Gefühl, daß sich einstellt, wenn man glaubt, das Äußerste getan zu haben und dann die weitere Entwicklung in die Hand des Herrgotts legen zu können.

Dabei hat mich allerdings auch ein Gedanke beschäftigt, der wohl den meisten von Ihnen ebenfalls zu schaffen macht. Nämlich der Zweifel, warum der Herrgott, dessen Allmacht und Allwissenheit außer Zweifel steht, solche schrecklichen Dinge zuläßt. Warum der Herrgott, der zu Recht auch der Barmherzige und der Gütige genannt wird, beispielsweise die Flutkatastrophe in Südostasien oder die furchtbaren Anschläge vom 11. September 2001 zugelassen hat.

Und warum hat er - wenn ich an unsere eigene Geschichte denke - zugelassen, was uns unter dem Begriff Holocaust noch weit in die Zukunft hinein immer wieder beschämen und belasten wird? Da kommt einen die Versuchung an, mit Gott zu hadern. Die Theologen nennen das wohl das Problem der Theodizee, also die Frage, warum Gott Unrecht dieser Art geschehen läßt, warum er die Willensfreiheit des Menschen so weit bemißt, daß er auch solch schreckliche Taten verüben kann. Ich habe darauf keine theologische Antwort. Da würde ich mich übernehmen. Aber erneut hilft mir bei dieser Problematik der Gedanke der Begrenztheit und der Endlichkeit menschlicher Einsicht. Menschliche Maßstäbe und menschliche Kriterien versagen vor Gottes Ratschlüssen, und das ist eben einer der elementaren Unterschiede bei aller Gottebenbildlichkeit des Menschen und bei voller Würdigung der Tatsache, daß ein Funke der Göttlichkeit in jedem Menschen zu finden ist. Es ist eben der Unterschied, daß es für Menschen

Grenzen gibt und er seine Vernunft und seine Fähigkeiten und Kriterien nicht über die Ratschlüsse des Herrgotts stellen kann.

Die Grenze, von der ich soeben sprach, die Grenze zwischen der Allmacht Gottes und der menschlichen Unvollkommenheit hat auch in anderen Zusammenhängen für mich eine Rolle gespielt. Beispielsweise hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie, die ich bis in die 70er Jahre hinein befürwortet habe. Dann kamen mir Zweifel; heute lehne ich sie ab. Denn ihre Nutzung läßt sich angesichts der ungeheuren Folgen eines Unfalls, eines sogenannten GAU und so füge ich hinzu - auch angesichts der ungelösten Entsorgungsprobleme - doch nur verantworten, wenn behauptet wird, es werde bei dieser Nutzung nie ein menschliches Versagen, nie einen Materialfehler und auch kein anderes unvorhergesehenes Ereignis geben; der Mensch sei vielmehr in der Lage, diese Technik absolut zu beherrschen. Das aber läuft eben darauf hinaus, daß der Mensch sich insoweit für allmächtig und allwissend erklärt.

Ähnlich geht es mir hinsichtlich der Vorstellung, mit Hilfe der Gentechnik könnten Menschen sozusagen auf Bestellung und Vorrat mit den jeweils gewünschten Eigenschaften und Fähigkeiten hergestellt werden. Auch hier würde sich der Mensch partiell mit Gott auf eine Stufe stellen und ihm gezogene Grenzen in einer Weise mißachten, die Gott geradezu herausfordert. Noch wird das reproduktive Klonen, wenn auch mit höchst unterschiedlichen Begründungen, generell abgelehnt. Auf verschiedenen Teilgebieten nähert sich die Gentechnik indes dieser Grenze; ja ist sie dabei, diese Grenze zu überschreiten. So beim sogenannten therapeutischen Klonen oder auch bei der Aussonderung im Wege der Invitro-Fertilisation erzeugter Embryonen, weil sich bei der Prüfung vor der Einpflanzung ergibt, daß sie mit einer Erbkrankheit belastet sind.

Als Mitglied des Nationalen Ethikrates bewegen mich diese Fragen, von denen die letztere früher oder später auch in unserem Lande entschieden werden soll, ganz unmittelbar. Schon entschieden hat der Bundestag bekanntlich, daß künftig Stammzellen unter strengen Auflagen importiert werden dürfen. Die Gegenposition, die den Import ausnahmslos verboten wissen wollte, weil damit aus der im Inland weiterhin verbotenen Tötung eines Embryos im Ausland hierzulande Nutzen gezogen wird, die auch ich vertrete, blieb dabei knapp in der Minderheit. Bei all dem spielen substantielle Gesichtspunkte eine Rolle. Zum Beispiel, wann schutzwürdiges Leben beginnt, ob Embryonen wirklich als eine Substanz wie jede andere angesehen werden können, und ob sie für Forschungs- oder Heilungszwecke verbraucht, das heißt aber instrumentalisiert werden dürfen. Auch insoweit gehöre ich zu denen, die jeweils den strengeren Standpunkt vertreten.

Hinsichtlich der Werte, die es auch in der Politik zu beachten gilt, sehe ich mich als Christ auf das gesamte Evangelium und insbesondere auf die 10 Gebote, aber auch auf die Bergpredigt verwiesen. Nicht in dem Sinne, daß sich daraus konkrete politische Rezepte ableiten ließen. Das tun ja auch die kirchlichen Soziallehren nicht. Aber doch in dem Sinne, daß allem Handeln, und folglich auch dem politischen Handeln, ein Rahmen gesetzt und dem in der Politik Tätigen gesagt wird, wie er mit seinem Mitmenschen umgehen soll, und wie er mit ihnen nicht umgehen darf. Und zu diesen Mitmenschen gehören gerade auch die Konkurrenten und Gegner, denen ein Politiker - etwa im Bundestag - tagtäglich begegnet.

Für mich war dabei neben anderen die Stelle bei Matthäus im 25. Kapitel besonders bedeutsam, an der es heißt: "Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan" und an der gesagt wird, wozu es dabei geht. Nämlich um die Not und die Bedürfnisse der Hungrigen und Durstigen, der Fremden und Obdachlosen, der Unbekleideten, der Kranken und der Gefangenen. Diese Stelle empfinde ich nicht als eine erbauliche Erzählung, sondern als einen konkreten Anruf in unsere Gegenwart hinein, der sich ohne weiteres auf die Asylbewerber und die Bürgerkriegsflüchtlinge, also auch die Fremden, die heute um Aufnahme bitten und auf die Armut und Not in der südlichen Hemisphäre, aber auch in unserem eigenen Land bezieht. Die eben zitierte Stelle des Matthäus-Evangeliums war mir deshalb beispielsweise stets bedeutsam, wenn es um Zuwanderungsfragen oder die Asylrechtsproblematik ging. So zuletzt bei meiner Mitarbeit in der Zuwanderungskommission bedeutsam. Ich lasse es bei diesen Beispielen bewenden. Sie ließen sich vermehren. Etwa um das Gleichnis vom barmherzigen Samariter, das für mich ebenfalls einen starken gesellschaftlichen und politischen Bezug hat.

Noch eine Frage hat mich in diesem Zusammenhang immer wieder einmal beschäftigt, nämlich die Frage, ob ich mich durch Entscheidungen, die ich treffe oder an denen ich mitwirke, schuldig mache. Nicht im strafrechtlichen Sinne. Das liegt auf einem ganz anderen Feld. Sondern im moralischen Sinne; also in dem Sinne, daß ich das Richtige und damit das Gute verfehlt und das Falsche und damit das Böse getan habe. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß es immer wieder auch Situationen gibt, in denen man - einerlei, wie man sich entscheidet - nicht gänzlich frei von Schuld bleiben kann. Solche Situationen habe ich im Laufe des jahrzehntelangen Ringens um eine verantwortbare Gestaltung der für den Schwangerschaftsabbruch maßgebenden Normen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, erlebt. Aber auch bei den von mir schon erwähnten Entscheidungen während der Zeit der RAF-Anschläge.

#### **4. Übereinstimmung und Dissens mit kirchlichen Positionen**

In meiner politischen Arbeit habe ich immer wieder auf Lehren und Positionen der Kirchen Bezug genommen. Mein Christsein möchte ich indes nicht in Frage gestellt wissen, weil ich mit bestimmten offiziellen Positionen meiner Kirche Probleme habe oder ihnen nach reiflicher Überlegung nicht zu folgen vermag. Dabei denke ich in diesem Zusammenhang nicht an innerkirchliche Kontroversen, wie etwa die über die Rolle der Frau in der Kirche und die Frauenordination, über den Zölibat, über das Verhältnis zwischen Priestern und Laien und über die innerkirchlichen Strukturen insgesamt. Oder an die Härte, mit der der Präfekt der Glaubenskongregation erst vor nicht allzu langer Zeit wieder den Wiederverheirateten begegnet ist, die er von der Mitwirkung in Pfarrgemeinderäten ebenso ausgeschlossen wissen will wie von der Funktion als Tauf- oder Firmpate. Solche Kontroversen gehören ebenso in den eigenen Bereich der Kirche wie der nicht nur von mir sehnlichst gewünschte Fortgang des ökumenischen Prozesses, in den derselbe Präfekt vor kurzem mit einer zugespitzten Äußerung nicht gerade förderlich eingegriffen hat. Die Parteien und die Politik haben hier nichts zu suchen. Und kein Politiker sollte sich dazu als solcher äußern. Als Glied der Kirche mag er das Wort nehmen und seine Position zusammen mit anderen vertreten. Das habe ich selbst zu den meisten der Kontroversen getan und zwar in der Regel eher an der Seite des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und seiner kritischen Stellungnahmen.

Hier geht es jetzt vielmehr um Fragen, die sowohl die Kirche als auch den Staat berühren. Als Beispiel nenne ich hier das Problem des Schwangerschaftsabbruchs. Die substantielle Kontroverse, die hier ausgetragen wurde, hat mich in allen meinen Funktionen, insbesondere aber als Bundesjustizminister über all die Jahre hinweg beschäftigt. Hier standen sich die Positionen lange diametral gegenüber. Für mich selbst stand dabei nie die Schutzwürdigkeit auch des ungeborenen Lebens in Frage. Deshalb habe ich es begrüßt, daß die Kirche unermüdlich auf diese Schutzbedürftigkeit hingewiesen hat. Und gerade auf mein Betreiben wurde 1989 in das Berliner Programm der SPD der Satz aufgenommen "Wir wollen werdendes Leben schützen". Gestritten habe ich nie um das Ob, sondern stets um das Wie des Lebensschutzes. Da allerdings bin ich schon früh dafür eingetreten, auf Staatsanwalt und Polizei zu verzichten und statt dessen die verantwortliche Entscheidung der Schwangeren anzuerkennen und ihr dabei durch eine am Lebensschutz orientierte, aber im Ergebnis offene Beratung und durch soziale Vorkehrungen zu helfen. Am Ende liefen in diesem Streit erfreulicherweise die Fronten quer zu den Trennungslinien zwischen den Fraktionen und Parteien und es waren in nicht geringer Zahl praktizierende Katholiken und Katholikinnen und evangelische Christen und Christinnen ohnehin, die dem Lebensschutzkonzept schließlich zur Mehrheit verhalfen. Auf diesem Hintergrund bedeutet für mich der von Rom erzwungene Rückzug der Diözesen aus der Beratungstätigkeit einen schweren Rückschlag und im Ergebnis eine Schwächung des Lebensschutzes. Besonders bedrückt mich, daß nach der Logik dieser Entscheidung auch die Beratung hätte eingestellt werden müssen, wenn der Staat auf den Gedanken gekommen wäre, künftig als Nachweis der Beratung eine Eidesstattliche Erklärung der Frau genügen zu lassen. Das zeigt am deutlichsten den Widersinn einer Position, die die Verantwortungsethik um der vermeintlichen Reinheit der Gesinnung willen aus den Augen verliert. Um so wichtiger erscheint, daß Donum Vitae die Beratungstätigkeit im Rahmen der staatlichen Vorgaben fortsetzt und dabei finanziell ebenso unterstützt wird wie die übrigen Beratungsstellen.

Viel größer als die Zahl der Kontroversen ist aber die Zahl und die Breite der Übereinstimmungen. Ich verweise summarisch auf die Frage der militärischen Intervention im Irak und des sogenannten Präventivschlages im allgemeinen, auf die Nord-Süd-Problematik, den Umgang mit Zuwanderern



generell. Und mit Asylbewerbern und Flüchtlingen im besonderen, die Integration der bei uns lebenden Ausländer, die von mir bereits angesprochene Bioethik, die Bewahrung der Schöpfung und vor allem die Stellungnahme beider Kirchen zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Wobei ich die jüngste Äußerung nicht als eine Abschwächung der Prinzipien verstehe, die vor einigen Jahren in einem gemeinsamen Wort beider Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland entwickelt worden sind. Sie verabschiedet sich nämlich keineswegs von den sozialen Kriterien des gemeinsamen Wortes. Sondern unterstreicht die Notwendigkeit, gerade deshalb auch solche Reformen zu verwirklichen, die Einschnitte mit sich bringen, aber substantiellen Ungerechtigkeiten entgegenwirken wollen. Nämlich dem Unrecht der Massenarbeitslosigkeit und dem, das eintreten würde, wenn sich die Kernbereiche der sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzieren ließen.

Noch ein Gedankengang aus jüngster Zeit erscheint mir für das künftige Verhältnis von Religion und Vernunft bedeutsam. Das ist eine Äußerung von Kardinal Ratzinger bei seinem Disput mit Jürgen Habermas im vergangenen Jahr in der katholischen Akademie in München. Sie lautete sinngemäß, daß die Religion der Vernunft bedürfe, um sich von Zeit zu Zeit zu reinigen, und die Vernunft der Religion, um ihre Grenzen zu erkennen. Sie fand auch die Zustimmung von Habermas. Ich meine, die Äußerung und auch die Übereinstimmung der beiden lohnt das Nachdenken.

## **6. Gesellschaftliche Tendenzen – Herausforderungen für Christen und Kirchen**

Das bringt mich zu meinem letzten Punkt. Nämlich zu der Frage, wohin unsere gesellschaftliche Entwicklung tendiert und wo diese Entwicklung das Christsein und damit auch die Kirche besonders herausfordert.

Für mich kennzeichnen zwei Tendenzen vor allem die Gegenwart und die überschaubare Zukunft. Einmal der rapide Zuwachs an naturwissenschaftlichem Wissen und seine immer raschere Umsetzung in handhabbare Technik und damit in die Realität unseres Lebens. Und zum anderen die Globalisierung, das heißt eine Entwicklung, in deren Verlauf nationale Grenzen und räumliche Entfernungen mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Beide Tendenzen bergen Chancen und Risiken in sich. Die Risiken sehe ich vor allem darin, daß die Menschheit ihr Vermögen, auf die Natur und sich selbst einzuwirken, immer weiter steigert bis hin zur - ich erwähnte das schon - Reproduktion von Menschen mit bestimmten vorausgeplanten Eigenschaften und Verhaltensweisen, die den Unterschied zwischen Person und Sache, zwischen Individuum und Produkt undeutlich werden läßt, und bis hin zu einer Beschädigung des Planeten, die seiner Zerstörung gleichkommt, ihn aber zumindest für Menschen unbewohnbar macht. Und nicht minder gefährvoll erscheint mir eine Entwicklung, die dem weltweiten Wettbewerb und damit dem Markt die wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen überläßt und ihn aus einem - nützlichen - Instrument zum absoluten Herrscher werden läßt, obwohl er für die sozialen und ökologischen Folgen seiner Entscheidungen blind ist. Beide Tendenzen könnten fundamentale Reaktionen derer auslösen, die auf der Strecke zu bleiben drohen und für solche Reaktionen Ansätze in gewissen kulturellen und religiösen Traditionen finden. Den letzten Satz habe ich so schon in früheren Vorträgen formuliert. Heute - nach den Anschlägen vom 11. September 2001 - muß ich den Konjunktiv wohl durch den Indikativ ersetzen. Denn wir wissen jetzt, daß es solche Reaktionen gibt, wobei ich nicht die mörderischen Terroristen, sondern diejenigen meine, die ihnen ihre Sympathie bekunden, weil sie in Anbetracht ihrer eigenen Situation glauben, die elementar ungerechte Verteilung von Wohlstand und Macht auf unserem Planeten lasse sich letzten Endes nur gewaltsam korrigieren.

Mit den soeben beschriebenen Erscheinungen einher geht eine zunehmende Beschleunigung, ja Hektik aller Lebensprozesse, die sich etwa im Bereich der technischen Innovation geradezu überstürzen, eine von den modernen Medien geförderte Neigung zu postmoderner Beliebigkeit, die sich von Event zu Event forthatgelt, ein Bewußtseinszustand nicht ganz weniger, der sich mit Virtualität lieber beschäftigt als mit Realität, der letzten Endes ins Leere geht, keine Visionen mehr sieht und auch sonst der Orientierung ermangelt. Oder sich gar an Gewaltdarstellungen berauscht. Aber gerade deshalb gibt es auch eine Suche nach Orientierung und neben der Neigung zu einer Selbstverwirklichung, die auf die Mitmenschen kaum mehr Rücksicht nimmt, auch das Gefühl, eigentlich sei man doch für die Schwächeren und für die Schöpfung mit verantwortlich. Beide Entwicklungstendenzen schließen sich keineswegs aus, sondern überschneiden sich und streiten

miteinander nicht selten in ein und derselben Person. Und das bei Christen ebenso wie bei Männern und Frauen, die sich gar nicht mehr als Christen, ja zum Teil dezidiert als Nichtchristen empfinden.

In einer solchen Phase der Menschheitsgeschichte gewinnt der christliche Glaube an Bedeutung, wenn - ja wenn er den Menschen Orientierung und Lebenssinn zu geben und sie davor zu bewahren vermag, sich einfach treiben zu lassen oder nur noch ihren eigenen Vorteil zu suchen. Dazu gehört für mich das Festhalten an der Vorstellung von einem persönlichen Gott und von der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen. Dazu gehört die Botschaft des Evangeliums mit dem Gebot der Nächstenliebe und der Offenbarung der Erlösungswahrheit. Und dazu gehört das Wissen darum - auch das sagte ich bereits - daß dem Menschen unübersteigbare Grenzen gesetzt sind und er Gott lästert, wenn er sich für allmächtig erklärt. Wer es mit seinem so verstandenen Glauben ernst meint, wird sich nicht auf die Förderung des eigenen Seelenheils und Akte individueller Barmherzigkeit beschränken, sondern für gerechte und menschliche Strukturen kämpfen und sich dafür engagieren, daß für alles Tun ein wertbezogener Rahmen vorgegeben bleibt. Ein Rahmen, der den Menschen davor schützt, zum willenlosen Objekt eines übermächtigen Staates, einer übermächtigen Ideologie oder eines übermächtig gewordenen ökonomischen Prinzips zu werden.

Da hilft es, sich ein wenig zu besinnen. Darauf etwa, daß die europäische Entwicklung in den letzten zweitausend Jahren maßgebend vom Christentum geprägt worden ist. Die Kultur, das Bildungswesen, die individuellen und sozialen Verhaltensregeln und auch die Grundprinzipien der Staatsorganisation standen weitgehend unter christlichem Einfluß. Bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts war die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche eine Selbstverständlichkeit, die allerdings mehr dem Herkommen und dem jeweiligen Milieu und weniger einer individuellen Entscheidung entsprang. Entsprechend groß war der gesellschaftliche und auch der politische Einfluß der Kirche, wenngleich gerade letzterer nicht unerheblichen Schwankungen unterlag.

Das hat sich für Europa und auch für Deutschland insgesamt positiv ausgewirkt. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß Kirche in dieser Zeit mehr als einmal schlimmen Fehlentwicklungen nur unzureichend widerstand und selbst in zentralen Fragen schwere Schuld auf sich lud. Der Papst hat das in seinem Schuldbekennnis, das man trotz mancher Undeutlichkeiten historisch nennen darf, eingeräumt, und die Synoden der evangelischen Kirchen sind ihm dabei gerade in bezug auf den christlichen - und so füge ich hinzu lutherischen - Antisemitismus und seinen Folgen vorausgegangen. Übrigens sollten wir in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, daß der Holocaust in einem Zeitpunkt stattfand, in dem fast 95 Prozent aller Deutschen einer Kirche angehörten. Das mag uns vor einer Überbewertung der formalen Kirchenmitgliedschaft bewahren.

Inzwischen hat sich eben diese fühlbar vermindert. In den neuen Bundesländern gehörten 1996 nur noch 28 Prozent einer christlichen Kirche an, in den alten Bundesländern ist der entsprechende Prozentsatz auf unter 75 Prozent gesunken. Hinzugekommen sind andere Religionsgruppen, von denen die Muslime mit rund 3 Millionen die stärkste bilden. Verringert hat sich der gesellschaftliche und insbesondere der politische Einfluß der Kirchen ebenso wie der praktische Glaubensvollzug. Manche sprechen von einer zunehmenden Entchristlichung unseres Landes. Andere fragen, ob wir es nur mit einer Kirchenkrise oder mit einer Glaubenskrise, ja sogar mit einer Gotteskrise zu tun haben. Und unterfüttern ihre divergierenden Antworten mit sehr unterschiedlichen, in die verschiedensten Richtungen deutbaren Ergebnissen von Meinungsumfragen.

Wie immer dem auch sei - nach meiner Überzeugung muß Kirche auch und gerade in der vor uns liegenden Zeit in unserem Gemeinwesen eine substantielle Rolle spielen und den Menschen helfen. Nicht als Zwangmeisterin der Gläubigen - das hat ihr wohl ihr Weg durch die Jahrhunderte deutlich gemacht. Aber aufgrund des ihr von ihrem Stifter zuteil gewordenen besonderen Auftrags und des zeitlosen Orientierungsmaßstabs, der ihr durch das Evangelium vermittelt wird. Diese Grundlage ihrer Verkündigung soll die Kirchen frei machen von der Rücksichtnahme auf die Reichen und die Mächtigen und auch frei von der Rücksichtnahme auf Gruppeninteressen oder den Beifall derer, die die öffentliche Meinung prägen. So kann sie einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung und Aktivierung des ethischen Potentials leisten, ohne das unser Gemeinwesen ungeachtet immer neuer Wachstumsrekorde verdorren und unsere Gesellschaft in den Kampf aller gegen aller zurückfallen würde.

Und das nicht nur auf nationaler oder europäischer, sondern insbesondere auch auf globaler Ebene. Hier hat sie für die Ingangsetzung und die Fortführung eines globalen Reformprozesses, der die empörend ungerechte Verteilung von Macht und Wohlstand durch die schrittweise Schaffung einer Weltfriedensordnung überwindet, als Mahnerin, als konkrete Akteurin und als Vermittlerin eine hohe Verantwortung. Als Mahnerin, weil sie selbst weltumspannend tätig ist und aus eigenem Wissen die

Armut, das Elend und die Hoffnungslosigkeit von Milliarden von Menschen in vielen Regionen der südlichen Hemisphäre kennt. Als konkrete Akteurin, weil sie an Ort und Stelle beispielhafte Hilfen ins Werk gesetzt hat. Und als Vermittlerin, weil eine bessere Weltordnung das Gespräch zwischen den Weltregionen und die Verständigung über bestimmte ethische Grundprinzipien voraussetzt, die in eben diesen Religionen angelegt sind. Hans Küng spricht hier vom Weltethos, das es bewußt zu machen gelte. Diese ihre Verantwortung haben die Kirchen weithin erkannt. Und ihnen ist auch bewußt, daß ihre Verantwortung und ihr Auftrag sich unmittelbar aus der christlichen Botschaft herleitet. Dennoch ist zu wünschen, daß sie eines Tages ihre Stimme noch nachdrücklicher und kräftiger erheben.

Noch etwas kann Kirche gerade in Zeiten starken Wandels leisten. Nämlich dagegen anzugehen, daß eine ganze Dimension menschlicher Existenz mehr und mehr ausgeblendet wird. Ich meine die Dimension von Angst und Trost, den Umgang mit Schuld und Versagen und das Wissen um Gnade. Hier, wo individuelles Bemühen allein in aller Regel nicht ausreicht, kann Kirche die entlastende Funktion einer Institution entfalten, die im Laufe von 2000 Jahren einen unermeßlichen Schatz von Erfahrungen und Einsichten in bezug auf menschliche Grundbefindlichkeiten angesammelt hat.

Damit Kirche das alles bewirken und ihrem Auftrag gerecht werden kann, wird sie - und darunter verstehe ich gerade im katholischen Bereich nicht nur die Hierarchie, sondern die Gemeinschaft aller Gläubigen - beständig auch an sich selbst arbeiten müssen. Der Satz von der Kirche, die immer zu reformieren ist, wird dabei im dritten Jahrtausend mehr denn je zu beherzigen sein. Und stets bedarf es dabei einer Erneuerung aus der Botschaft heraus, die - wie es das Zweite Vatikanische Konzil vor bald vierzig Jahren so beispielhaft versucht hat - den Kern der christlichen Wahrheit unangetastet läßt, aber Verkrustungen lockert und Hürden beiseite räumt, die nicht gottgewollt, sondern durch das Tun oder Unterlassen sterblicher Menschen bewirkt worden sind.

Das gilt auch für den Fortgang des ökumenischen Prozesses. Er hat zu meinen Lebzeiten erfreuliche Fortschritte gemacht. In meiner Schulzeit wurde mir im Religionsunterricht noch gelehrt, man wisse - von den Heiligen abgesehen - nicht genau, wer im Himmel sei. Auch wer sich in der Hölle befinde, sei ungewiß, weil sich auch der ärgste Sünder in seiner letzten Lebensminute noch bekehrt haben könnte. Aber von einem wisse man sicher, daß er in der tiefsten Hölle schmachte - nämlich von Martin Luther. Vor drei Jahren haben sich beide Kirchen in einem gemeinsamen Papier zur Rechtfertigungslehre geäußert und festgestellt, daß die beiderseitigen Lehrverurteilungen gegenstandslos geworden seien. Das hätte vor 70 Jahren niemand für möglich gehalten. Und auch einen ökumenischen Kirchentag hat sich damals niemand vorstellen können. Auf diesem Weg gilt es zur Abendmahlsgemeinschaft und zur Verständigung über den Petrusdienst fortzuschreiten. Denn der Stifter der Kirche wollte, daß alle eins sind. Und daß Kirchen im Neben- und noch immer im partiellen Gegeneinander Energien verbrauchen, die dringend für den Dienst der einen Kirche benötigt werden. Das wollte und will er wohl auch nicht.

### **Schluss – mit Worten Kardinal Döpfners**

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal auf meine eigenen Erfahrungen zurückkommen. Mit einem Gedanken und mit einem Zitat.

Der Gedanke, der mir während mancher Parlamentsdebatte gekommen ist war: Was würde eigentlich passieren, wenn dort Jesus erschiene und das Wort nähme, ohne sich zu erkennen zu geben? Wie würden wohl die Abgeordneten und Zuhörer reagieren? Ich will das nicht vertiefen und auch nicht der Frage nachgehen, was da wohl an Zwischenrufen gekommen und wie groß das Unverständnis und der Ärger wohl gewesen wäre. Aber eine Hilfe zur Selbstprüfung auf mein tatsächliches Christsein war diese Vorstellung allemal.

Das Zitat stammt von dem allzu früh verstorbenen Kardinal Döpfner und ist in seinem Ersten Hirtenbrief als junger Bischof der Diözese Würzburg zu finden. Es lautet:

**”Um des Gekreuzigten Willen beschwöre ich Euch: Laßt den Herren in seinen notleidenden Brüdern - und so füge ich hinzu: Das ist weltweit zu verstehen - nicht vergeblich hoffen! Sonst holt das Kreuz von allen Türmen, denn es ruft das Gericht über ein Land, das sich christlich nennt, aber das Gesetz der Selbstsucht erfüllt.”**

Diese beiden Sätze drücken manches von dem, was ich sagen wollte, knapper und noch eindringlicher aus als ich es konnte.